dem Bestreben, die jetzt von der Marine getragene schwarz-rot-goldene Kokarde wieder zu beseitigen und die in wilhelminischen Zeiten geführte schwarz-weiß-rote erneut einzuführen. Wer sich auf den Boden der Verfassung stellt, und die ihr widersprechenden Zustände bei der Marine auch nur zu besprechen wagt, über den wird die weiße Feme verhängt in der Form der Abkommandierung. Aufrechte Männer sind auf diese Weise gezwungen, von Station zu Station zu wandern, ohne daß sie sich dagegen wehren können.

Im Küstenregiment Wilhelmshaven treibt man es besonders toll. Von diesem Truppenteil ist ein Oberbootsmannsmaat, der auch dem reaktionären Treiben widerstrebt hat, kurzerhand „abkommandiert" worden, wie aus einem Briefe hervorgehet, in den wir Einblick nehmen konnten, zu dem Zwecke, den Mann „beurteilen zu lassen".

Man kennt das. Die Waschlappigkeit der Regierung gegenüber den Kappisten im Heere und der Marine rächt sich, wie man deutlich sieht, an den Männern, die die demokratische Regierung verteidigt haben und treu zur Republik stehen. Alle Verfügungen des Reichswehrministers, die diesem unhaltbaren Zustand abhelfen sollen, bleiben Papier.

Große Waffenschiebungen in Erfurt.

Die Thüringer Landeszeitung meldet: Ermittelungsbeamten des Reichsschatzministeriums Berlin und der Zweigstelle Weimar gelang es mit Unterstützung der Erfurter Kriminalpolizei, großen Waffenschiebungen auf die Spur zu kommen und sie zu vereiteln. Es handelt sich um annähernd 100000 zerlegte Gewehre und 34000 Maschinengewehrteile, die verschoben werden und den Schiebern riesige Summen einbringen sollten. Wem das Verfügungsrecht über die Waffenteile zusteht, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Es macht den Eindruck, als ob von den betreffenden Verwaltungsstellen hier viel gesündigt worden ist.

Wie weit den einzelnen Beteiligten eine strafbare Handlung auf Grund des neuen Entwaffnungsgesetzes nachgewiesen werden kann, läßt sich noch nicht übersehen. Auf Grund der Ermittelungen wurden von der Kriminalpolizei eine Anzahl Festnahmen vorgenommen, darunter der Suhler Fabrikant Sauerbrey, der schon mehrfach in derartigen Schiebungen verwickelt gewesen sein soll, und mehrere Angestellte des Erfurter Reichswerkes. Die Waffen sind beschlagnahmt und sichergestellt, so daß ihre Vernichtung erfolgen kann.

Die L. N. N. behaupten, daß es sich nicht um Schiebungen für politische Zwecke, sondern nur um Manipulationen handle, die den Beteiligten vor der Zerstörung der Waffen noch bedeutende Gewinne bringen sollten, doch wird man gut tun, zunächst das Ergebnis der Untersuchungen abzuwarten.

Die Arbeitslosenfrage im Reichstagsausschuß.

Aus der Beratung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages über die Arbeitslosigkeit ist hervorzuheben, daß nach dem Urteil aller Parteien mehr Arbeiter aufs Land gebracht werden müßten, jedoch nur solche Arbeiter, die für die Landarbeit wirklich willig und geeignet sind. Dann müsse aber auch der Neubau von Kleinwohnungen auf dem Lande in viel stärkerem Maße als bisher vom Reich und Staat gefördert werden. Am Schlusse der eingehenden Aussprache wurde ein aus allen Parteien gebildeter Unterausschuß eingesetzt, der in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsministerium die weiteren Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu prüfen hat. Ein Antrag Ledebour (U. Soz.) auf Ergänzung bezw. Abänderung der Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge wurde abgelehnt und statt dessen ein Vermittlungsantrag der bürgerlichen Parteien angenommen, demnach die geltenden Verordnungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge baldmöglichst in eine gesetzliche Gestaltung zu überführen sind. Dabei ist insbesondere der Weg der Arbeitslosenversicherung zu beschreiten mit dem obersten Zweck, die Arbeitskraft der Erwerbslosen produktiv zu verwenden. Insbesondere ist die Ansiedlung von Bauern und Landarbeitern und die Kultur von Ödländereien, der Bau von Talsperren, Überlandzentralen und Straßen und die Ansiedlung solcher Arbeiter auf dem Lande, die selbst oder deren Frauen vom Lande stammen, zu fördern.

Die Lage in Oberschlesien.

Eine Mahnung an die Arbeiterschaft.

Der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst bringt einen Bericht aus Gleiwitz, in dem behauptet wird, daß die Aufforderung zur Waffenabgabe bisher noch keinen Erfolg gehabt habe. Trotz hoher Strafandrohung seien noch keine 5 Prozent der im Besitz der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen abgegeben worden. Der polnische Generalstreik sei ohne jeden Erfolg beendet worden. Die polnischen Arbeiter rächen sich jetzt dafür dadurch, daß sie ihre deutschen Arbeitskameraden, besonders in den Gruben, wo sie die Mehrheit haben, von der Arbeit ausschließen und von Haus und Hof verjagen. Im Kreise Pleß vermöge weder die französische noch die italienische Besatzung Ordnung zu schaffen. Der Berichterstatter sagt weiter, daß die französischen Behörden, besonders ihre obersten Spitzen, keine Vorwürfe träfen, nur bei der Waffensuche sei sehr einseitig verfahren worden. Deutsche Wohnungen und Behörden würden rücksichtslos behandelt, den Polen gegenüber werde die gleiche Schärfe nicht angewandt. Der Bericht sagt schließlich:

„Dumme Menschen, die nicht zu unterscheiden vermögen, daß Franzosen und Polen in Oberschlesien zurzeit eine stärkere Position haben als wir Deutschen, verbreiten dann in ihrer Verärgerung die wildesten Nachrichten in der deutschen Presse und erzeugen so den Herd von Ereignissen, wie sie sich jetzt wieder zum Schaden des ganzen deutschen Volkes in Breslau ereignet haben. Toren, die nicht über ihre Brillengläser hinwegzusehen vermögen, glauben immer noch, die oberschlesischen Ereignisse und Verhältnisse mit Macht und Bluff meistern zu können. Es ist bezeichnend und verdient schon der Erwähnung, daß auch in Oberschlesien die Kommunisten sich, wie in andern Bezirken Deutschlands wiederholt festgestellt, in der Gesellschaft der Deutschnationalen befinden. Die Kommunisten sind hierselbst weitergegangen. Sie haben in getreuer Verbrüderung mit polnischen Agitationskomitees zusammengewirkt, um aus Oberschlesien einen Sowjetstaat zu bilden. Das Programm dieser deutsch-polnischen revolutionären Komitees bestand in der Loslösung von Deutschland und Errichtung einer oberschlesischen revolutionären Republik. Es waren natürlich Kindsköpfe, die da glaubten, derartige Phantastereien durchführen zu können. Immerhin hatten die bisherigen oberschlesischen Tage auch ihren kommunistischen Theaterdonner aufzuweisen gehabt."

Der Berichterstatter sagt zum Schluß, daß die deutsche Arbeiterschaft in Oberschlesien sich hüten müsse, deutschnationalen Kreisen als Werkzeug zu dienen. Ihr Verhalten gegen die oberschlesische polnisch gesinnte Bevölkerung bedürfe einer Aenderung. Die gemeinsame Parole der gesamten Arbeiterschaft Oberschlesiens müsse sein: Los von Korfanty! Denn Korfanty sei auf Kosten der oberschlesischen Arbeiter der eifrigste Anhänger der großpolnischen imperialistischen Ziele.

Gültigkeit der Steuergesetze in Oberschlesien.

Oppeln, 7. Sept. Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Meinung über die direkten Steuern in Oberschlesien hat die Interalliierte Kommission die Reichsgesetze über diese anerkannt, jedoch mit zwei Ausnahmen: Das Gesetz vom 31. 12. 1919 über das Reichsnotopfer und das Gesetz vom 21. 7. 1920 über die Abzüge vom Arbeitseinkommen sind von der Gültigkeit ausgeschlossen. Alle übrigen sind in Kraft. Ihre tatsächliche Durchführung mittels der gesetzlichen Zwangsmittel wird bewilligt.

General Le Rond im Bunde mit den Polen?

Unter der Ueberschrift: „Der unparteiische General Le Rond" veröffentlicht die Breslauer Morgenzeitung einen Erlaß der interalliierten Kommission, der an die französischen Kreiskontrolleure gerichtet ist. Darin wird den Kreiskontrolleuren empfohlen, angesichts der „langsam wachsenden Erregung in der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien" die Aktion zur Entwaffnung der irregulären polnischen Truppen mit mehr Stärke durchzuführen.

Am Schlusse des Erlasses heißt es aber: „Nach stattgehabter Rücksprache mit den leitenden polnischen Stellen erfolgen Direktiven bezw. Anweisungen für die weitere Behandlung der noch kommenden Ereignisse." Und an einer anderen Stelle wird gesagt: „Nicht zu vergessen aber sind die ergangenen Anweisungen über die Stellungnahme gegenüber den polnischen Organen im Falle eines Zusammengehens und über dessen Wirkung nach außen (O. o. 93—27. 8. 20).

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung steht offenbar die folgende Meldung:

Beuthen (Oberschl.), 9. September. Die Breslauer Volkszeitung (?) ist heute unter der Behauptung, daß der von ihr veröffentlichte Runderlaß des Generals Le Rond gefälscht sei, auf einen Monat in Oberschlesien verboten worden.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Kattowitz

Kattowitz, 9. September. Die interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission hat den Belagerungszustand über den Stadtkreis Kattowitz aufgehoben.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die blutige Lehre des Weltkrieges hat einen großen Teil des Proletariats zu der Ueberzeugung gebracht, daß es zur Verhinderung gleicher Tragödien unbedingt notwendig ist, dem internationalen Kapital eine seiner hauptsächlichsten Stützen zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft, und zwar die Herstellung von Mordwerkzeugen, aus der Hand zu schlagen. Der internationale Gewerkschaftsbund hat in einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder die gewerkschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder aufgefordert, alle Mittel zu ergreifen, um der Erzeugung von Waffen ein Ende zu bereiten. Getreu diesem internationalen Beschluß hat die Berliner Gewerkschaftskommission durch eine besondere Willenskundgebung die ihr angeschlossenen Organisationen verpflichtet, das ihrige zu der Verhinderung der Waffenfabrikation beizutragen.

Der in Berlin liegende Betrieb der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Wittenau, der vor und während der Kriegszeit fast ausschließlich auf die Waffenfabrikation eingestellt war, hat jetzt den Versuch unternommen, das von jeher profitable Geschäft der Waffenherstellung erneut aufzunehmen, und zwar nicht nur für Luxus- und Jagdwaffen, sondern auch für ausgesprochene Heereswaffen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, die sich verpflichtet fühlt, die internationalen sowie die örtlichen Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, forderte die in der Waffenabteilung beschäftigten Arbeiter auf, die Waffenfabrikation einzustellen. In dieser Abteilung war das Organisationsverhältnis ein nicht besonders günstiges, und zwar gehörte ein ziemlicher Prozentsatz der revolutionären Betriebsorganisation an. Auch sind in der Abteilung ein Teil von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigt, die die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt haben. Nachdem wir in verschiedenen Versammlungen die Meinungen der Arbeiterschaft klären wollten, zog auch die revolutionäre Betriebsorganisation die Konsequenz und schloß ihre Mitglieder, die in der Waffenabteilung arbeiteten, aus der Betriebsorganisation aus. Es war also nun der Zustand zu verzeichnen, daß neben einem Prozentsatz gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ein ziemlich ebenso starker unorganisierter in der Abteilung vorhanden war. In einer erneuten Versammlung verlangten wir von allen in der Abteilung beschäftigten Arbeitern, daß sie aus Rücksichtsgefühl gegenüber der gesamten Arbeiterschaft die Waffenfabrikation einzustellen und den Betrieb zu verlassen hätten. Der übergroße Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter leistete dieser Aufforderung bedingungslos Folge, trotzdem eine große Anzahl Kollegen, darunter war, die eine 6—11monatige Erwerbslosigkeit hinter sich hatten. Auch ein Teil der Unorganisierten hat sich unsern Kollegen angeschlossen. Der größte Teil der Unorganisierten und auch diejenigen, die bis vor kurzem der revolutionären Betriebsorganisation angehörten (!), haben dem Rufe nicht Folge geleistet, sondern stellen weiter ihre Arbeitskraft zur Herstellung von Mordwerkzeugen zur Verfügung. Bedauerlicherweise auch ein kleiner Teil der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbands, die zum Teil schon auf eine langjährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Infolge dieses Versagens der vom Metallarbeiterverband zur Aktion aufgerufenen Arbeiter besteht die Befürchtung, daß es nicht möglich sein wird, die Waffenfabrikation in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken zu unterbinden und daß die Firma mit allen Mitteln versuchen wird, zur Auffüllung der gelichteten Belegschaft Arbeitskräfte für diese Fabrikation zu bekommen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands appelliert an das Solidaritätsgefühl nicht nur der Berliner, sondern der gesamten Arbeiterschaft, daß der Kampf, den die Verwaltungsstelle Berlin zur Unterbindung der Waffenfabrikation aufgenommen hat, von der gesamten Arbeiterschaft die bedingungslose Unterstützung erfährt, und daß es durch die Betätigung der Solidarität möglich ist, zu erreichen, was auf dem Wege der Betriebsaktion nicht zu erreichen war.

Hoch die Solidarität! Nieder mit der Waffenfabrikation!
Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

* * *

Der Aufruf, dessen Beachtung für jeden revolutionären Arbeiter selbstverständliche Pflicht ist, zeigt nebenbei mit erschreckender Deutlichkeit, was die revolutionären Maulaufreißer, die Leute der „revolutionären" Betriebsorganisation wert sind. Der größte Teil von ihnen ist offenbar nur durch die geringeren Beiträge der Betriebsorganisation zur „revolutionären" Betätigung geneigt geworden!

Annexionspläne der polnischen Nationalisten

Den polnischen Nationalisten sind die militärischen Erfolge zu Kopfe gestiegen. Sie wollen den vorläufigen militärischen Sieg auch diplomatisch voll ausnützen und verlangen eine Festsetzung der Grenze, die weit über die sogenannte Curzonlinie hinausgeht. In Warschau ist es deshalb zu einem ernsten Konflikt zwischen den nationalistischen Treibern und der Regierung Pilsudski-Sapieha gekommen, die für Mäßigung und die Befolgung der englischen Ratschläge eintritt. Bisher ist der Konflikt hauptsächlich im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ausgetragen worden, er zieht aber immer weitere Kreise. Bisher hat man im Ausschuß noch keine Grundlage für die Friedensvorschläge finden können. Dadurch ist auch der Zusammentritt der Rigaer Konferenz erneut verzögert worden. Wie aus Warschau berichtet wird, kann die Abreise der polnischen Delegation nach Riga frühestens am Sonntag erfolgen. Die Delegierten sollen nicht nur die Vollmacht zum Abschluß des Waffenstillstands, sondern auch der Friedenspräliminarien und eventuell des Friedens selbst erhalten.

Wie der Matin aus London meldet, hat die russische Delegation die Antwort auf die letzte Note Balfours bekanntgegeben. Die Antwort sei sehr maßvoll gehalten und beklage sich über die plötzliche Aenderung in der Haltung der englischen Regierung. Es scheine, daß Balfour unter dem Eindruck stehe, in der militärischen Lage zwischen Rußland und Polen sei eine radikale Aenderung eingetreten. Die Kräfte Rußlands seien aber dieselben wie vorher. Wenn also die englische Regierung vor drei Wochen anerkannt habe, daß Rußland als Sieger das Recht habe, seine Bedingungen zu stellen, so sei die Lage weiter unverändert.

Der belgische Ministerpräsident Delacroix erklärte in einer Unterredung mit dem Brüsseler Berichterstatter der Times, daß Belgien und Frankreich mit Bezug auf die russisch-polnische Frage derselben Ansicht seien. Beide Länder hielten dafür, daß man nach Frieden streben müsse. Von einer Anerkennung der Sowjetregierung könne jedoch keine Rede sein. Frankreich sei fest entschlossen, Polen zu veranlassen, sein Bestes zu tun, um zum Frieden zu kommen. Im Widerspruch damit steht eine — allerdings noch unbestätigte — Meldung aus Belgrad, nach der die französische diplomatische Vertretung an die jugoslawische Regierung das Verlangen gestellt habe, sofort 16 Bataillone jugoslawischer Infanterie und die entsprechende Artillerie zum Kampfe gegen die Russen zur Verfügung zu stellen. In Belgrader politischen Kreisen soll über dieses Verlangen begreiflicherweise lebhafte Mißstimmung herrschen. Zum polnisch-litauischen Konflikt wird gemeldet, daß Litauen seinen Anspruch auf Suwalki fallen gelassen habe.

*

Ueber die Lage an der Front wird folgendes berichtet:

Königsberg i. Pr., 9. September. An der litauisch-polnischen Front fanden nördlich Suwalki unbedeutende örtliche Kampfhandlungen statt. Der polnische Vorstoß aus der Gegend von Bialystok führte zur Einnahme Krinkis. An der Buglinie von Brest-Litowsk bis Grubeschow ist nach der Einnahme dieses Ortes durch die Polen die Lage unverändert. Südöstlich von Lemberg wurden bolschewistische Angriffe auf Przemyslany abgewiesen. Weiter südlich überschritten die Polen in neuem Gegenstoß nach der Einnahme von Knihynicze den Swirzfluß.

Konstantinopel, 9. September. General Wrangel erklärte einem Berichterstatter, die Aenderung in der Haltung der Alliierten und der polnische Sieg zwängen ihn, die Kräfte im Norden der Krim zu konzentrieren, um nach Westen, obwohl seine Truppen keine Niederlage erlitten hätten, Aktionsfreiheit zu haben. Aus diesem Grunde räume er gegenwärtig Kuban.

Rußland und Finnland.

TU. Helsingfors, 9. September. Auf der Konferenz in Dorpat zeigen sich die Vertreter der Sowjetregierung angesichts des drohenden Abbruchs der Verhandlungen durch Finnland viel versöhnlicher. Die Russen sind in der Tat heute bereit, in vielen Punkten nachzugeben, während sie früher die Abtretung des Distrikts Toropin und der im finnischen Golf gelegenen Inseln verlangten.

Der englische Gewerkschaftskongreß gegen militärische Rüstungen — für gerechte Verteilung der Kriegslasten.

Amsterdam, 9. September. Einer Telegraaf-Meldung aus London zufolge befaßte sich der Gewerkschaftskongreß in Portsmouth mit der Weigerung der britischen Regierung, die russischen Gewerkschaftsdelegierten nach England zuzulassen. Robert William brachte eine durch Ben Turner unterstützte Entschließung ein, in der gegen diese Weigerung der britischen Regierung Einspruch erhoben wird. Sie wurde mit allen Stimmen gegen die Stimme von Havelock Wilson angenommen.

Es wurde eine Anzahl weiterer Entschließungen vorgeschlagen, in denen unter anderem gefordert wird, daß die Regierungsausgaben für militärische und maritime Unternehmungen vollständig gestrichen werden. Die Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt sei die erste Notwendigkeit. Kriegsentschädigungen müßten bis zu einem angemessenen Betrage genau festgestellt werden. Die internationalen Schulden müßten durch den Völkerbund ausgeglichen werden unter Bedingungen, die vom Bunde festgestellt würden, um verarmte Länder mit den Mitteln zu versehen, die sie für ihre Produktion notwendig haben.

Erfolglose Verhandlungen zwischen englischen Bergarbeitern und der Regierung?

London, 9. September. (Reuter). Im Verlaufe der Konferenz zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergleute weigerten sich diese, bezüglich der Herabsetzung der Kohlenpreise nachzugeben. In Bezug auf die Lohnfrage weigerten sich die Delegierten ebenfalls, ein industrielles Gericht anzuerkennen oder sich mit den Unternehmern zu verständigen. Ein Bericht über die Konferenz wird heute abend veröffentlicht werden.

Von Nah und Fern.

Neues Erdbeben in Italien.

Rom, 9. September. In den vor einigen Tagen vom Erdbeben betroffenen Gebieten Italiens hat sich ein neues, bedeutend schwereres Erdbeben ereignet. Die Provinzen Lucia, Florenz und Siena, sowie Teile von Sizilien sind in Mitleidenschaft gezogen. Eine Reihe von Dörfern ist zerstört worden.

Paris, 9. September. Nach Meldungen aus Rom sind in der Provinz Florenz 200 Personen bei dem Erdbeben getötet und über 300 verletzt worden. In der Provinz Spezia spricht man von mehreren hundert Toten.

Jena, 9. September. Als Ursache des Erdbebens in Italien kommt nach einer Mitteilung der Zentralstelle für Erdbebenforschung in Jena eine weitere Schollensenkung im Ostflügel der Umrandung des Golfes von Genua in Frage, die eine gewaltige Einbruchszone der Erdrinde darstellt.

Schweres Explosionsunglück.

Wilhelmshaven, 8. September. Im alten Laboratoriumsgebäude des Artilleriedepots bei Marienstiel entstand heute mittag gegen 1 Uhr beim Entschärfen von 15-Zentimeter-Granaten Feuer, das auf das neue Laboratoriumsgebäude übersprang. Dieses brannte vollständig nieder, während das Feuer im alten Gebäude unter beständigen Einzelexplosionen von Leuchtpatronen am Abend noch fortdauerte. Von den im alten Gebäude beschäftigten fünfzig Arbeitern ist der größte Teil gerettet.

Wilhelmshaven, 9. September. Bei den Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstätte zu Marienstiel sind bisher 15 Tote festgestellt worden, darunter fünf Feuerwehrleute. Acht Leichen wurden bisher geborgen. Als schwerverletzt sind 12 zu verzeichnen. Leichtverletzt wurde eine Person. Die Aufräumungsarbeiten sind noch nicht beendet. Es besteht die Möglichkeit, daß noch zwei oder drei weitere Leichen unter den Trümmern liegen. Die Gefahr einer Weiterverbreitung des Feuers ist jetzt beseitigt und die Arbeit dürfte morgen wieder aufgenommen werden.

Verunglückte Bergleute.

Breslau, 9. September. Die Schlesische Volkszeitung meldet aus Hindenburg: Auf der Konkordiagrube gerieten, als im Andreasflötz ein schlechter Wagen ausrangiert werden sollte, mehrere Förderwagen ins Rollen, rasten mit größter Schnelligkeit bergab und überraschten auf der Strecke mehrere Grubenarbeiter, von denen drei getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Rast in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pilz, Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 1000000 fach bewährt
Preis M. 2.50. In Apotheken und Drogerien erhältlich
König Salomo Apotheke, Grimmaische Str. 17.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200910/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG